Linksparteien in den Fängen der Islamisten – ein Kommentar der NZZ

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 24. April befasst sich Auslandredaktor Daniel Rickenbacher mit der «Verbrüderung von Linken und Islamisten» und stellt fest: «Dies ist keine Verschwörungstheorie, sondern bereits Realität.» Die Linkspopulisten hätten in den Islamisten neue Wähler gefunden und diese würden zunehmend die politische Agenda diktieren, analysiert Rickenbacher und hält fest: «Der Einfluss dieser unheiligen Allianz ist bereits heute gross und zeigt sich in einer antisemitischen Enthemmung.»

Im Zuge der Annäherung zwischen Teilen der politischen Linken und islamistischen sowie nationalistischen Strömungen zeigten sich eine zunehmende Israelfeindlichkeit und ein neuer Antisemitismus. Gemeinsame Feindbilder – insbesondere Israel – würden dabei sehr unterschiedliche Gruppen verbinden und als ideologischer Kitt dienen, schreibt die NZZ. Die Folge der Verbrüderung sei eine in viel offener zutage tretende antisemitische Einstellung in den Linksparteien. Denn Umfragen zeigten, dass antisemitische Aussagen unter muslimischen Befragten deutlich häufiger Zustimmung finden als in der Gesamtbevölkerung – so etwa die Behauptung, Juden hätten zu viel Macht auf den internationalen Finanzmärkten.

Die Verbreitung dieser Haltungen werde in den Linksparteien durch identitätspolitische Denkmuster verstärkt. Gesellschaften würden in Täter- und Opfergruppen eingeteilt, wobei Israelis häufig als „Unterdrücker“ oder „Siedlerkolonialisten“ gelten würden. Ihre historischen Erfahrungen von Verfolgung, Vertreibung und Terror würden dabei ausgeblendet. Gleichzeitig würden islamistische und nationalistische Bewegungen als Befreiungsbewegungen idealisiert. Diese Verschiebung zeige sich auch sprachlich, etwa in der Verwendung des Begriffs „Israelisieren“, der pauschal Gewalt, Unterdrückung und Manipulation mit Israel verbinde.

Nach dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 sei es zu einer Radikalisierung gekommen, hält Rickenbacher fest. Parallel dazu verbreiteten sich Forderungen nach einer „globalen Intifada“, die sich nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen Juden und Unterstützer richtet. Diese Entwicklung hat konkrete Folgen: Antisemitische Gewalt nimmt zu, jüdische Einrichtungen stehen unter verstärktem Schutz, und viele Juden fühlen sich in Europa zunehmend unsicher und wandern deshalb aus. Israelfeindlichkeit und Antisemitismus werden dabei zunehmend normalisiert und in breitere gesellschaftliche Milieus getragen, schreibt die NZZ.

Hier geht es zum Kommentar von Daniel Rickenbacher: Islamogauchismus: Warum sich Islamisten und Linke immer näherkommen